

**Vertrag über die Erbringung von
Verkehrsleistungen im Linienverkehr
gem. §§ 42, 44 PBefG**

- NAN-Verkehrsvertrag -

zwischen

der Spree-Neiße-Cottbusverkehr GmbH
Walther-Rathenau-Str. 38
03044 Cottbus

- im Folgenden SPN-CV genannt -

und

.....

- im Folgenden Unternehmer genannt -

MUSTER

Inhaltsverzeichnis

Seite

§ 1	Gegenstand und Laufzeit des Vertrags	3
§ 2	Leistungserbringung und Leistungsanpassungen	3
§ 3	Entgelt	4
§ 4	Betriebsführung und Fahrplan	6
§ 5	Fahrzeuge	6
§ 6	Personal	8
§ 7	Fahrscheine und Fahrgeldabrechnung	9
§ 8	Kontrollen	9
§ 9	Beförderte Fahrgäste	10
§ 11	Versicherung	10
§ 12	Ausrüstung	11
§ 13	Sonstige Bestimmungen	12
§ 14	Vertragsstrafen	12
§ 15	Forderungsabtretung	13
§ 16	Kündigung	13
§ 17	Schlussbestimmungen	14

Anlagen zum Verkehrsvertrag

Anlage 1	Planmäßige Verkehrsleistung und Entgelt
Anlage 2	Fahrzeuganforderungen
Anlage 3	Wagenliste
Anlage 4	Fahrpersonalliste
Anlage 5	Abrechnungsverfahren (Fahrscheinverkauf und Fahrerabrechnung, Abrechnung Fahrgeldeinnahmen)
Anlage 6	Erfassung von Rufbus-Leistungen

§ 1 Gegenstand und Laufzeit des Vertrags

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Erbringung von Verkehrsleistungen und der dafür erforderlichen Betriebsleistungen insgesamt im Linienverkehr gem. §§ 42, 44 PBefG durch den Unternehmer als Nachauftragnehmer der SPN-CV. Der Leistungsumfang (planmäßige Verkehrsleistung je Normjahr im Auftragszeitraum ist in der Anlage 1 näher bestimmt.
- (2) Beginn der Leistungserbringung ist der 01.01.2025. Der Vertrag endet für die Lose 01 bis 10 am 31.12.2034, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (3) *[Nur soweit das Los 11 betroffen ist]*
Der Vertrag für das Los 11 wird zunächst auf eine Laufzeit von 2 Jahren bis zum 31.12.2026 begrenzt. Der Auftraggeber besitzt eine einseitige Verlängerungsoption um weitere jeweils 4 Kalenderjahre bis maximal 31.12.2034, die auch eine Verhandlung über wesentliche Veränderungen der Angebotskonditionen voraussetzen kann, und deren Wahrnehmung spätestens 12 Monate vor Vertragsende schriftlich gegenüber dem Unternehmer zu erklären ist. Der Unternehmer teilt SPN-CV spätestens bis 4 Kalenderwochen ab Zugang mit, ob er die Leistung weiter erbringen wird. Andernfalls endet der Vertrag wie vereinbart.

§ 2 Leistungserbringung und Leistungsanpassungen

- (1) Der Unternehmer verpflichtet sich, die vereinbarte planmäßige Verkehrsleistung (Anlage 1) unter Beachtung aller gesetzlichen Vorschriften sowie im Rahmen der Vorgaben der SPN-CV zu erbringen.
- (2) Anruf-Linien-Fahrten und Fahrten linienungebundener Flächenruffbusse (zusammen: Rufbusleistungen) sind nur nach Abruf durch die Leitstelle der CV durchzuführen. Es gelten die jeweils im Fahrplan veröffentlichten Voranmeldefristen und weiteren Rahmenvorgaben gemäß Leistungsbeschreibung/Leistungsverzeichnis.
- (3) Veränderungen in der planmäßigen Verkehrs- und Betriebsleistung, welche auf Fahrplanänderungen, baustellenbedingten Umleitungen oder anderen bedarfsorientierten Anpassungen beruhen, werden von der SPN-CV jeweils frühzeitig bekannt gegeben und sind von dem Unternehmer zu beachten.
- (4) Eine Übertragung der Leistung oder von Teilen der Leistung auf Dritte ist im Vergabeprozess ausgeschlossen und auch in der Vertragsdurchführung im Grundsatz nicht gestattet. Ausnahmen können lediglich für Notfälle zugelassen werden, die sonst zu einer Undurchführbarkeit des Vertrages führen würden. SPN-CV muss eine Zustimmung dazu nicht erteilen, kann dies aber tun, wenn die Eignungsprüfung des Dritten ergibt, dass er fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig ist. Dazu gehört auch, dass er seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen ist, die Bestimmungen des Brandenburgischen Vergabegesetzes und des Mindestlohngesetzes einhält und die gewerblichen Voraussetzungen erfüllt.
- (5) Der Unternehmer ist verpflichtet, Fahrgäste nur mit gültigen Fahrausweisen zu befördern und das Fahrgeld nach den gültigen Tarifbestimmungen zu erheben.
- (6) Der Unternehmer ist verpflichtet, die SPN-CV über jede Beschwerde, jede Störung und jeden Ausfall, wenn der Sachverhalt im Zusammenhang mit der Verkehrsleistung steht, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- (7) Der Unternehmer hat sich während der Vertragslaufzeit an die Vorgaben des Qualitäts- und Umweltmanagementsystems der SPN-CV zu halten. Dabei wird sich an den Standards nach DIN EN ISO 9001 (Qualitätsmanagement), DIN EN 13816 (Servicequalität) sowie DIN EN ISO 14001 (Umweltmanagement) orientiert.
- (8) Der Unternehmer ist im Rahmen der Zumutbarkeit verpflichtet, seine Leistungen flexibel anzupassen, wenn sich Bedarfe verändern und der Aufgabenträger und/oder SPN-CV dies veranlassen. Soweit

erforderlich vereinbaren SPN-CV und der Unternehmer eine Anpassung der Kalkulation der Vergütung auf Vorschlag des Unternehmers. Dabei sollen Sprungkosten vermieden werden. Eine Anpassung führt zur Änderung der Anlage 1 zu diesem Vertrag.

§ 3 Entgelt

- (1) Als Vergütung erhält der Unternehmer das in der Anlage 1 angegebene Entgelt zzgl. des jeweils gültigen Umsatzsteuersatzes. Die Vergütung wird entsprechend der Rechnungslegung monatlich in 12 gleichen Raten und modifiziert durch die in Abs. 3 bis 6 dargestellten Änderungstatbestände ausbezahlt.
- (2) Die Rechnungslegung erfolgt mit der Leistungsabrechnung bis zum 5. Arbeitstag jeden Monats für den jeweiligen Vormonat.
 - a. Konventionelle Linienverkehrsleistungen werden entsprechend Kalkulation in Vordruck 1 des bezuschlagten Angebots vergütet.
 - b. Anruf-Linienfahrten werden entsprechend ihrer angebotenen und der durchgeführten Leistung vergütet. Eine zusätzliche Vergütung erfolgt, wenn der tatsächliche Leistungsabruf den kalkulierten Abruf (33,3 % der angebotenen ALF-Leistung) übersteigt. Der zusätzliche Vergütungsanspruch ergibt sich aus der Kalkulationsposition „Laufleistungsabhängige Kosten“ laut Vordruck 1 zum Angebot je nachgewiesene Mehrleistung in Last-km.
 - c. Anrufbus-Leistungen im Flächenverkehr werden entsprechend ihrer angebotenen und durchgeführten Leistung vergütet. Eine zusätzliche oder verminderte Vergütung erfolgt, wenn der tatsächliche Leistungsabruf den kalkulierten Abruf (231.209 Nutz-km/a in 12 gleichen monatlichen Anteilen) übersteigt oder unterschreitet. Der modifizierte Vergütungsanspruch ergibt sich aus der Kalkulationsposition „Laufleistungsabhängige Kosten“ laut Vordruck 1 zum Angebot je nachgewiesene Mehr- oder Minderleistung.

Maßgeblich sind dabei die bei Leitstelle der CV eingehenden und an den Unternehmer weitergegebenen Bedarfsanmeldungen durch Fahrgäste. Durch den Unternehmer sind für alle Rufbusleistungen die gefahrenen Last-Kilometer analog dem Formblatt in Anlage 6 zu dokumentieren und der SPN-CV jeweils parallel zur monatlichen Rechnungslegung in elektronischer Form (Excel-Datei) zu übergeben.

Durch die Vergütung sind alle vertraglichen Leistungen des Unternehmers abgegolten; insbesondere werden Fahrten zur und von der Einsatzstelle, Werkstattfahrten, Fahrten zur Betankung der Fahrzeuge sowie zur Abrechnung der Fahrgeldeinnahmen und ähnliches nicht gesondert vergütet.

Jährliche Über- oder Unterzahlungen werden mit der jeweils ersten Monatsabrechnung des Folgejahres ausgeglichen. Bei Bedarf verständigen sich die Vertragspartner auf eine abweichende Regelung.

- (3) Abweichungen von der planmäßigen Fahrtroute insbesondere infolge angeordneter Umleitungen aufgrund von Havarien, welche zu Mehr- oder Minderleistungen führen, werden bei der Berechnung der Vergütung nur dann berücksichtigt, wenn eine Umleitung für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens 3 Tagen besteht.
- (4) Die SPN-CV ist berechtigt, Fahrtverkürzungen oder -ausfälle anzuordnen, wenn dies aus Gründen der Fahrplaneinhaltung geboten scheint. Die sich ergebenden Mehr- bzw. Minderleistungen werden bei der Berechnung der Vergütung entsprechend berücksichtigt.
- (5) Fallen Fahrten aus anderen Gründen als in Abs. 3 und Abs. 4 genannt aus und sind diese von SPN-CV zu vertreten, wird nur dann keine laufleistungsabhängige Vergütung (bezogen auf den anteiligen Jahreswert) fällig, wenn der Fahrtausfall dem Unternehmer mindestens 48 Stunden vor Fahrtantritt mitgeteilt wird. Im Fall einer späteren Absage werden 70 % der vereinbarten laufleistungsabhängigen Vergütung fällig, solange die Fahrt noch nicht angetreten ist. Bei einer Absage nach Fahrtantritt wird die volle Vergütung fällig.
- (6) Der Anspruch auf anteilige jährliche Vergütung entfällt, wenn eine Leistung aus Gründen, die der Unternehmer zu vertreten hat oder aufgrund höherer Gewalt nicht erbracht wird.

Fahrten, die nur unvollständig erbracht wurden, dürfen der SPN-CV nur anteilig zur Gesamtlänge der planmäßig zu fahrenden Nutz-km des betreffenden Loses anteilig an der Jahresfahrleistung berechnet werden; entsprechendes gilt bei vollständigem Ausfall einer Fahrt. Im Übrigen wird auf § 14 Abs. 2 dieses Vertrages verwiesen.

- (7) Ausgefallene, nur teilweise geleistete Fahrten oder zusätzlich erbrachte Leistungen müssen in einem Bericht über "Besondere Vorkommnisse" zusammengefasst, in jedem Einzelfall begründet und an SPN-CV gemeldet werden.
- (8) Die Vertragspartner vereinbaren als Wertsicherungsklausel eine Anpassung des Entgeltes gemäß § 3 und Anlage 1 dieses Vertrages bei gravierender Veränderung der Kosten aufgrund externer Faktoren (Preisveränderungen), deren Wirkung mit Hilfe des folgenden Preiselementefaktors im jeweiligen Vertragsjahr n (PEFn) gemessen wird:

$$PEFn[\%] = \left(0,60 * \frac{ILn-1}{ILBas} + 0,25 * \frac{IDn-1}{IDBas} + 0,15 \right) * 100 - 100$$

Dabei bedeuten:

- PEFn** - Preiselementefaktor (in %) im n-ten Vertragsjahr
- IL** - Index der tarifvertragsbedingten Personalkostensteigerung nach dem TV-N BRB, jeweils mit Stand zum 30. April; das tarifliche Vergütungsniveau am 30.04.2026 erhält den Basiswert 100,0
- ILn-1** - Stand IL im Vertragsjahr n-1
- ILBas** - Stand IL zum 30.04.2025 oder zum Stichtag im Vorjahr der vorangegangenen Anpassung
- ID** - Preisindex für Dieselkraftstoff bei Abgabe an Großverbraucher, Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung, Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Dieselkraftstoff bei Abgabe an Großverbraucher, Jahresdurchschnittswert
- IDBas** - Stand ID im Jahr 2025 oder im Vorjahr der vorangegangenen Anpassung

Anmerkungen: Die Datenquelle für IL ist eine Bestätigung des KAV Brandenburg über eine in Kraft getretene Anpassung des durchschnittlichen Vergütungsniveaus im TV-N BRB.
Die Datenquelle für ID entspricht der im Mai 2024 (später: bei Vertragsabschluss) gültigen Statistik des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung e.V. (BGL). Bei Veränderungen in dieser Systematik vereinbaren die Vertragspartner umgehend eine sachgerechte, dem Regelungszweck entsprechende Anpassung.
Sollte ein Unternehmen für die Durchführung von mehr als 50,0 % der vereinbarten planmäßigen Leistungen Fahrzeuge mit emissionsfreier Antriebsenergie (Elektroenergie, Wasserstoff usw.) einsetzen und dies nachweisen, vereinbaren die Vertragspartner die Anwendung eines dafür geeigneten Preisindex'.

Erstes Basisjahr für den PEF ist das Jahr 2025. Die Anpassung des Entgelts ist erstmals bezogen auf die Zahlungen im Vertragsjahr 2027 und dann fortfolgend möglich, wenn der Preiselementefaktor

- des jeweiligen Vorjahres zum Vertragsjahr (PEFn-1) oder zum PEF des Jahres der vorangegangenen Anpassung um mindestens 3,0 % nach oben oder unten abweicht;
oder
- die kumulierte Abweichung analog zu a) über mehr als ein Jahr mindestens 5,5 % beträgt.

Die Anpassung des Entgelts erfolgt prozentual zum PEFn ohne Abzug.

- (9) Die Vertragsparteien vereinbaren das Recht zur Neuverhandlung der im Vordruck 1 Angebot und Preise und des sich daraus ergebenden Entgelts. Die Neuverhandlung darf im wiederkehrenden Zeitraum von 3 Jahren ab Beginn der Leistungserbringung von jeder Vertragspartei eingefordert werden. Eine Preisänderung muss die vergaberechtlich zulässigen Grenzen einhalten und setzt eine Einigung voraus, die von beiden Vertragsparteien schriftlich bestätigt werden muss. Einigen sich die Parteien innerhalb eines Monats ab dem Zeitpunkt der Möglichkeit der Neuverhandlung nicht, enden die Neuverhandlungen ohne Preisänderung. Gleiches gilt, wenn keine Vertragspartei Neuverhandlungen innerhalb eines Monats ab dem Zeitpunkt der Möglichkeit der Neuverhandlung einfordert. Die Leistungserbringung ist in diesen Fällen zu den ursprünglich vereinbarten Preisen fortzusetzen, bis der Zeitpunkt für die Möglichkeit der Neuverhandlung erneut eintritt. Eine Preisänderung ist nur dann zulässig, wenn sich die Geltendmachung der Wertsicherungsklausel gemäß Abs. 8 als nicht ausreichend erweist, um die Kostenveränderung auszugleichen. Die Preisänderung ist sowohl als Preiserhöhung als auch als Preisminderung möglich.

§ 4 Betriebsführung und Fahrplan

- (1) Der Unternehmer hat die ihm übertragenen Verkehrsleistungen ordnungsgemäß, sicher und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend nach Vorgabe aus den Fahrtenlisten und unter Berücksichtigung der empfohlenen Umlaufpläne aus Anlage 1 in Verbindung mit dem jeweils gültigen Fahrplan sowie der in den Anlagen zum Vertrag aufgeführten sonstigen Bedingungen durchzuführen.

- (2) Der Unternehmer hat in der Regel alle sachlichen und personellen Mittel für die ihm übertragene Verkehrsleistung zu stellen.

Den Ausfall von Fahrzeugen oder Personal hat der Unternehmer der SPN-CV unverzüglich anzuzeigen und für sofortigen Ersatz durch eigene Fahrzeuge oder Personal zu sorgen (Ersatzstellung).

Kann der Unternehmer in angemessener Zeit keinen geeigneten Ersatz stellen, so hat er den der SPN-CV dadurch entstehenden Schaden zu tragen. Aus Gründen der vereinfachten Abrechnung wird in diesen Fällen regelmäßig ein Schaden in Höhe der von SPN-CV zusätzlich zu leistenden Umlauf-km einschließlich Ein- und Ausrückfahrten angenommen, welche mit dem für die nicht erbrachte Leistung vereinbarten Kilometerpreis zuzüglich eines Aufschlags von 25 % bewertet wird. Der Unternehmer kann nachweisen, dass ein Schaden überhaupt nicht oder wesentlich niedriger entstanden ist.

- (3) Allgemeine Bekanntmachungen, Betriebsanweisungen und Anweisungen im Rahmen von Fahrleistungen für die SPN-CV sind für den Unternehmer und seine Erfüllungsgehilfen verbindlich.
- (4) Beschwerden, die beim Unternehmer eingehen und im Zusammenhang mit einer Verkehrsleistung nach diesem Vertrag stehen, sind unverzüglich zu erfassen und an die SPN-CV weiterzuleiten. Der Unternehmer hat diesen Beschwerden nachzugehen und die SPN-CV über das Ergebnis und die Konsequenzen zu unterrichten. Gleiches gilt für Beschwerden, welche bei SPN-CV oder der VM-SPN eingehen und den Unternehmer betreffen.
- (5) Alle Formen der Öffentlichkeitsarbeit in Erfüllung der Linienverkehrsleistungen obliegen SPN-CV.

§ 5 Fahrzeuge

- (1) Der Unternehmer ist verpflichtet, die Fahrzeuge und deren Ausstattungen durch ausreichende Instandhaltungsmaßnahmen (Inspektion, Wartung/Pflege, Instandsetzung) stets in einem verkehrs- und betriebssicheren sowie in einem ordentlichen und sauberen Zustand zu halten; dabei sind insbesondere die Vorschriften der StVZO, StVO, BOKraft sowie des PBefG einzuhalten.

Der Unternehmer ist dafür verantwortlich, dass die nach der StVZO vorgeschriebenen Untersuchungen der Fahrzeuge fristgerecht und nachweislich durchgeführt werden.

Auf Verlangen der SPN-CV muss der Unternehmer eine Kopie der Zulassungsbescheinigung Teil I, das Prüfbuch nach § 29 StVZO Anlage VIII sowie den Versicherungsnachweis für alle betreffenden Fahrzeuge vorlegen.

Die technischen Anforderungen an die Fahrzeuge des Unternehmers richten sich nach den Angaben in Anlage 2 zu diesem Vertrag.

- (2) Unbeschadet der Verantwortlichkeit des Unternehmers für die Durchführung der nach der StVZO vorgeschriebenen Untersuchungen ist die SPN-CV berechtigt, die Fahrzeuge selbst durch Beauftragte vor Ort überprüfen zu lassen. Besteht Anlass zu Beanstandungen, hat SPN-CV das Recht, die betroffenen Fahrzeuge abzulehnen.
- (3) Es dürfen nur die in der Wagenliste gem. Anlage 3 aufgeführten Fahrzeuge eingesetzt werden. Sollen andere oder weitere bzw. neue Fahrzeuge eingesetzt werden, ist vorher die Zustimmung der SPN-CV einzuholen. Die entsprechenden Fahrzeuge müssen ebenso den Bedingungen dieses Vertrags – insbesondere hinsichtlich der Genehmigung nach dem PBefG, der Zulassung, der Versicherung, der Abgasnorm, dem Fahrzeugalter, der Barrierefreiheit und der Ausstattung gem. den Anforderungen aus Anlage 2 zu diesem Vertrag entsprechen. Diese Fahrzeuge sind anschließend in die Wagenliste aufzunehmen.
- (4) Alle regelmäßig eingesetzten Fahrzeuge sind in das Rechnergestützte Betriebsleitsystem („RBL“ - Sprechfunk und Datenfunk zur Betriebsleitstelle von CV) zu integrieren, um die Lieferung von Echtzeitdaten an die Fahrplanauskunft-Systeme des VBB sowie die Kommunikation mit der Betriebsleitstelle der CV zu ermöglichen. Die dafür vom Unternehmer zu schaffenden Voraussetzungen bzw. Einbauten in die Fahrzeuge sind bis spätestens zum 30.11.2024 auf eigene Kosten zu realisieren.

Die für das RBL notwendigen Bordrechner können – soweit SPN-CV und Unternehmer eine entsprechende Vereinbarung schließen - dem Unternehmer gegen Gebühr geliehen werden.

- (5) Die jeweils bediente Linie mit dem entsprechenden Endhaltepunkt ist deutlich in der Frontpartie jedes eingesetzten Fahrzeugs anzuzeigen, bei Standardlinienbussen auch an der Einstiegsseite und am Heck (hier nur Liniennummer). Beim Einsatz von Kleinbussen – und soweit zutreffend - Pkw ist mit geeigneten Mitteln sicherzustellen, dass ein betrieblicher Einsatz im ÖPNV erkennbar ist. Das erfolgt mindestens durch Anbringen der Liniennummer und des Fahrziels sowie ggf. des Rufbus-Symbols im Frontbereich.
- (6) Automatische visuelle und akustische Fahrgastinformationsanlagen gehören zur Grundausstattung der einzusetzenden Standardlinienbusse und – soweit eingesetzt - Midi- und Minibusse..
- (7) Zur Erhöhung der Sicherheit sind alle Fahrzeuge (Ausnahme Kleinbusse und Pkw) mit Videoüberwachungsanlagen auszurüsten. Gegebenenfalls müssen diese durch den Unternehmer bis spätestens 31.12.2025 nachgerüstet werden.
- (8) Zur Erfassung von Ein- und Aussteigern sowie Fahrzeugbelegungen sind mindestens 50 % der Standardlinienbusse, Midi- und Minibusse im Regeleinsatz je Los mit einem automatischen Fahrgastzählsystem auszustatten. Die Auswertung der Aufzeichnungen muss mit den bei SPN-CV vorhandenen Hintergrundsystemen möglich sein und den Anforderungen an die Richtlinien des VBB an automatische Fahrgastzählsysteme genügen. Die Ausrüstung muss durch den Unternehmer bis zum 31.12.2025 erfolgen. Für Kleinbusse sowie ggf. Pkw gilt diese Anforderung nicht.
- (9) SPN-CV hat das Recht, das unverzügliche Anbringen betrieblicher Schilder und Aushänge an geeigneter Stelle der Fahrzeuge des Unternehmers zu verlangen. Eine besondere Vergütung hierfür erfolgt nicht. Sofern Aushangkästen in den Fahrzeugen vorhanden sind, können diese von SPN-CV für Tarif- und sonstige Informationen kostenlos genutzt werden.

- (10) Die Unterhaltung und Instandsetzung der in Anlage 3 aufgeführten Fahrzeuge sowie die Gestellung von Kraft-, Schmier- und Betriebsstoffen obliegen dem Unternehmer. Dasselbe gilt auch für die Unterbringung und Reinigung dieser Fahrzeuge.

§ 6 Personal

- (1) Der Unternehmer ist verpflichtet, nur geeignetes und zuverlässiges Personal einzusetzen, welches die Anforderungen aus der Verordnung zur Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (Fahrerlaubnisverordnung – FeV) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrtunternehmen (BO Kraft) erfüllt. Daneben sind folgende Anforderungen an die fachliche und persönliche Eignung zu erfüllen:

- Kundenfreundlichkeit
- Sachkompetenz und hohe Leistungsbereitschaft
- Auskunftsfähigkeit zu Fahrplänen, Beförderungstarifen, zum Fahrausweiserwerb
- Ortskenntnis im Einsatzgebiet
- Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift
- Kundenorientierte, besonnene Handlungsweise auch in Konfliktsituationen
- Beherrschung von Kommunikations- und sonstigen Hilfsmitteln

Dabei ist zunehmend den besonderen Informations- und Unterstützungsanforderungen mobilitätseingeschränkter Personen Rechnung zu tragen.

Während des Fahrdienstes ist vom Unternehmer das Tragen einer in Abstimmung mit der SPN-CV festgelegten Dienstkleidung für das Fahrpersonal zu gewährleisten, welche er auf eigene Kosten beschafft. Darüber hinaus ist grundsätzlich ein gepflegtes und seriöses Erscheinungsbild des Fahrpersonals sicherzustellen.

- (2) Es dürfen nur die in der Fahrerliste gem. Anlage 4 aufgeführten Fahrpersonale eingesetzt werden. Sollen andere oder weitere Fahrpersonale eingesetzt werden, ist vorher die Zustimmung von SPN-CV einzuholen. Diese Fahrpersonale sind anschließend in die Fahrerliste aufzunehmen.
- (3) Anweisungen an das eingesetzte Personal erteilt grundsätzlich nur der Unternehmer. Soweit es die Betriebsdurchführung erfordert, kann die SPN-CV über CV (Leitstelle und mobile Aufsicht) ausnahmsweise unmittelbar Anweisungen erteilen.
- (4) Beim Vorliegen eines wichtigen Grundes kann die SPN-CV die Ablösung eines Fahrers verlangen. Als wichtiger Grund gelten z. B. nachhaltige Verstöße gegen Vorschriften der BO Kraft und StVO sowie Verstöße gegen die in § 6 Abs. 5 geregelten Pflichten sowie Zuwiderhandlungen gegen Anweisungen von Beauftragten der SPN-CV oder beleidigendes Verhalten gegenüber diesen oder gegenüber Fahrgästen. Die durch einen Fahrerwechsel entstehenden zusätzlichen Kosten trägt der Unternehmer.
- (5) Zu den Pflichten des Fahrpersonals gehören:
- a) die Beachtung der DF Bus mit Anlagen und der Dienstanweisungen der SPN-CV (sofern anwendbar),
 - b) die Beachtung der Verkehrs- und Dienstvorschriften,
 - c) das Tragen der Dienstkleidung des Unternehmers,
 - d) die höfliche und zuvorkommende Behandlung der Fahrgäste, Hilfestellung bei in ihrer Mobilität eingeschränkten Personen beim Ein- und Ausstieg sowie die Erteilung von Auskünften auf Basis der zu erlangenden Linien-, Strecken- und Tarifkenntnisse,
 - e) die Abfertigung der Fahrgäste gemäß den geltenden Tarif- und Beförderungsbedingungen sowie die ordnungsgemäße Abrechnung und Einzahlung der Fahrgeldeinnahmen nach § 7 dieses Vertrages,
 - f) die Meldung besonderer Vorkommnisse wie Unfälle, Betriebsstörungen, Fahrtausfälle und Beschwerden der Fahrgäste an die SPN-CV,

- g) die Ablieferung von Fundsachen an die SPN-CV.
 - h) Kommunikation mit der Betriebsleitstelle der CV über das RBL-System
 - i) Erstellen des Kilometernachweises bei Rufbus-Leistungen gem. Anlage 6 zu diesem Vertrag.
- (6) Der Unternehmer ist für die strikte Einhaltung aller für den Einsatz von Fahrpersonal geltenden Gesetze und Vorschriften (wie StVZO, BOKraft, Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten, Fahrerlaubnisverordnung, Unfallverhütungsvorschriften etc.) sowie der ausgehändigten Dienstvorschriften der SPN-CV verantwortlich. Er hat dafür zu sorgen, dass das Personal die in Abs. 5 genannten Pflichten beachtet.
- (7) Der Unternehmer ist verpflichtet, während der gesamten Vertragslaufzeit für alle mit der Durchführung dieses Vertrages Beschäftigten die Entgelttabellen aus dem Tarifvertrag des Nahverkehrsgewerbes im Land Brandenburg (TV-N BRB) sowie die von den Tarifparteien ausgehandelten Fortschreibungen dieses Tarifvertrages anzuwenden. Als Nachweis wird die Bestätigung des vom Unternehmer mit der Gewinn- und Verlustrechnung beauftragten Wirtschaftsprüfers über die Höhe der Arbeitsentgelte der für die ÖPNV-Leistungen Beschäftigten anerkannt. Ist der Unternehmer gemäß § 241a HGB von dieser Pflicht befreit, so erfolgt die Kontrolle nach § 1 Abs. 1 BbgVergGDV.
- Der Unternehmer verpflichtet sich, Löhne und Gehälter aller – auch der im Ausland ansässigen – Beschäftigten mindestens monatlich über Gehaltskonten zu überweisen und vollständige, prüffähige, deutschsprachige Unterlagen über Beschäftigungsverhältnisse und Überweisungsbelege bereitzuhalten und auf Wunsch der SPN-CV oder dem ÖPNV-Aufgabenträger (Landkreis Spree-Neiße) vorzulegen, den Zugang zu seinen Geschäftsräumen und die Einsichtnahme in die Unterlagen zu gestatten und diese auf Verlangen gegen Quittung vorübergehend zu überlassen. Die Nachweise können pseudonymisiert sein, wenn die Zusammengehörigkeit erkennbar ist.
- (8) Der Unternehmer muss der SPN-CV einen Verkehrsleiter und einen Betriebsleiter benennen.

§ 7 Fahrscheine und Fahrgeldabrechnung

- (1) Fahrgäste dürfen nur nach den Tarif- und Beförderungsbedingungen der SPN-CV im Rahmen der Regelungen des VBB befördert werden. Die Fahrer haben ausreichend Wechselgeld mitzuführen (mindestens 50 €).
- (2) Der Unternehmer hat sicherzustellen, dass durch sein Fahrpersonal die Fahrgeldeinnahmen nach den Vorschriften der SPN-CV in den Geldeinzahlautomaten der SPN-CV oder CV ordnungsgemäß und vollständig abgerechnet und eingezahlt werden. Das Abrechnungsverfahren regelt im Einzelnen die Anlage 5 dieses Vertrages. Die vereinnahmten Fahrgelder sind Eigentum der VM-SPN. Der Unternehmer besitzt weder ein Zurückbehaltungsrecht an den Fahrgeldeinnahmen, noch kann er Forderungen der SPN-CV auf Auskehrung der Fahrgeldeinnahmen gegen andere Forderungen, gleich welcher Art, aufrechnen, soweit diese Forderungen nicht unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
- (3) Der Unternehmer haftet für die nach der Fahrschein- oder Fahrscheindruckerabrechnung zu zahlenden Beträge ohne Rücksicht auf die Gründe für etwaige Fehlbeträge. Die SPN-CV ist berechtigt, solche Fehlbeträge von der an den Unternehmer zu zahlenden Vergütung einzubehalten.

§ 8 Kontrollen

- (1) Die SPN-CV ist berechtigt, die Erfüllung der Bestimmungen dieses Vertrages nebst Anlagen sowie der gesetzlichen Bestimmungen zu kontrollieren.
- (2) Die SPN-CV ist berechtigt, in den Fahrzeugen des Unternehmers Fahrausweiskontrollen vorzunehmen und das erhöhte Beförderungsentgelt (EBE) zu erheben.

- (3) Die Beauftragten der SPN-CV sind befugt, Dritten gegenüber in den Fahrzeugen des Unternehmers das Hausrecht auszuüben.
- (4) Die SPN-CV wird ermächtigt, im Namen des Unternehmers Strafanträge wegen Hausfriedensbruch zu stellen.
- (5) Die SPN-CV ist jederzeit berechtigt, die Durchführung von Verkehrszählungen durch den Unternehmer zu verlangen, sofern damit kein unverhältnismäßig hoher Aufwand verbunden ist, insbesondere soweit dieses im Rahmen des üblichen Personaleinsatzes zu bewältigen ist.

§ 9 Beförderte Fahrgäste

Die vom Unternehmer im Rahmen der beauftragten Verkehrsleistungen beförderten Personen gelten als Fahrgäste der VM-SPN.

§ 10 Haftung

- (1) Fahrzeughalter im Sinne des Straßenverkehrsgesetzes ist der Unternehmer. Er hat die SPN-CV von Ansprüchen freizuhalten, die von Fahrgästen oder Dritten im Zusammenhang mit den übernommenen Leistungen, aufgrund des Straßenverkehrsgesetzes oder sonstiger gesetzlicher Bestimmungen erhoben werden.
- (2) Erheben Fahrgäste oder Dritte im Zusammenhang mit den übernommenen Leistungen Schadensersatzansprüche gegen die SPN-CV, wird die SPN-CV den Unternehmer unverzüglich unterrichten und den Anspruchsteller in der Regel an ihn verweisen.

Regelt die SPN-CV im Einzelfall einen Schaden unmittelbar oder besteht der Geschädigte auf Regelung durch die SPN-CV, tritt der Unternehmer seinen Versicherungsanspruch auch vor dessen endgültiger Feststellung an die SPN-CV ab. In diesem Fall wickelt die SPN-CV den Schaden unmittelbar mit dem Versicherungsunternehmen ab.

Unbeschadet des Versicherungsschutzes kann die SPN-CV gegen den Unternehmer nach den Regeln dieses Vertrages oder den gesetzlichen Bestimmungen Rückgriff nehmen.

- (3) Das Abhandenkommen oder eine Beschädigung etwaig von SPN-CV gestellten oder geliehenen Geräten, wie z.B. Bordrechner, Fahrscheindrucker, Fahrermodul, Entwerter etc., ist der SPN-CV unverzüglich unter Benennung des Ortes, der Zeit und der Umstände mitzuteilen.

Der Unternehmer leistet dann nach der folgenden Regelung Ersatz:

- a) Neupreis des Gerätes oder Reparaturkosten in voller Höhe;
- b) den ggf. aus dem Schaden oder dem Verlust entstehenden Einnahmenfehlbetrag für den bis zum Verlusttag nicht abgerechneten Zeitraum, der sich auf der Grundlage der durchschnittlichen Einnahmen bzgl. der Fahrleistungen im Monat von der letzten geprüften Abrechnung ergibt. Dieser Betrag ist eine Woche nach der Meldung fällig. Wenn der Unternehmer eine geringere Einnahme vor dem Verlust nachweist, wird die SPN-CV den überzahlten Betrag zurückzahlen.

§ 11 Versicherung

- (1) Der Unternehmer hat während der gesamten Dauer dieses Vertrages nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für sich und sein Fahrpersonal eine Haftpflichtversicherung mit 100 Millionen Euro Deckungssumme abzuschließen und den Versicherungsschein durch pünktliche Beitragszahlungen aufrecht zu erhalten. Bedienstete der SPN-CV und deren Beauftragte, die im Fahrzeug eine Kontrollfunktion ausüben, müssen mitversichert sein.

- (2) Der Unternehmer wird die SPN-CV unverzüglich benachrichtigen, wenn ihm eine Zahlungsfrist nach § 38 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) gestellt oder wenn das Versicherungsverhältnis ganz oder teilweise gekündigt oder vorzeitig beendet wird. Gleiches gilt, wenn die Fahrzeuge für den vorgesehenen Verwendungszweck nicht versichert oder unterversichert sind.
- (3) Der Unternehmer ermächtigt darüber hinaus den Versicherer, der SPN-CV die Mahnung nach § 38 VVG mitzuteilen.
- (4) Der Unternehmer hat der SPN-CV vorzulegen:
 - a) Eine Kopie des Versicherungsscheins mit den allgemeinen und etwaigen besonderen Versicherungsbedingungen;
 - b) Eine Erklärung des Versicherers über die Zustimmung zu diesem Vertrag und über die Mitversicherung des Haftpflichtrisikos der SPN-CV, insbesondere
 - eine Erklärung über den Versicherungsschutz der nach § 5 Abs. 3 dieses Vertrages zum Einsatz kommenden Fahrzeuge einschließlich etwaiger Ersatzfahrzeuge,
 - eine Bestätigung, dass der Versicherungsschutz auch für die im Rahmen der beauftragten Verkehrsleistungen erbrachten Fahrten nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt wird,
 - eine Bestätigung, dass im geschäftlichen Auftrag mitfahrende Mitarbeiter der SPN-CV als mitversichert gelten.
- (5) Besteht ausnahmsweise kein oder kein ausreichender Versicherungsschutz, ist die SPN-CV berechtigt, mit Wirkung gegen den Unternehmer Ersatzansprüche Dritter zu befriedigen. Für diesen Fall hat der Unternehmer der SPN-CV neben den Aufwendungen auch die Prozess- und Vergleichskosten zu ersetzen.

§ 12 Ausrüstung

- (1) Für die Ausrüstung und Ausstattung mit den in diesem Vertrag (insbesondere gem. § 5 sowie Anlage 2) genannten und zur Leistungserbringung notwendigen Ausrüstungsgegenständen für die eingesetzten Fahrzeuge und Fahrpersonale ist grundsätzlich durch den Unternehmer zu sorgen.
- (2) Die Beschaffung der gemäß Anlage 2 erforderlichen Ausrüstungs-Hardware (Fahrscheindrucker bzw. Kombigeräte Bordrechner / Fahrscheindrucker, Handverkaufsgeräte für den Rufbus-Einsatz, Entwerter) und deren Einbau in die Fahrzeuge obliegt dem Unternehmer. Die Ausstattung mit der erforderlichen Software obliegt SPN-CV gegen eine angemessene Gebühr.
- (3) Nur in dem Fall, dass SPN-CV und der Unternehmer eine entsprechende Vereinbarung schließen, kann der Unternehmer von der SPN-CV gegen monatliches Entgelt Ausrüstungen ausleihen.
- (4) Soweit ein Geräteverleih gegen monatliches Entgelt vereinbart wird, bleiben die zur Verfügung gestellten Geräte im Eigentum der SPN-CV und werden nur in diesem Fall durch die SPN-CV gewartet und instandgehalten. Die Instandhaltung einschließlich Störungsbeseitigungen an den Gerätschaften der SPN-CV erfolgt in der Werkstatt des Betriebshofes der CV. Aufwendungen für notwendige Fahrten trägt der Unternehmer.
- (5) SPN-CV stellt Materialien (Fahrscheindruckerpapier, Ersatzfahrscheinblock), die für den Verkauf von Fahrscheinen erforderlich sind, zur Verfügung.

§ 13 Sonstige Bestimmungen

- (1) Die SPN-CV übernimmt es, diesen Vertrag, soweit dies notwendig ist, behördlichen Stellen vorzulegen.
- (2) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die vertraglichen Vereinbarungen vertraulich zu behandeln und ohne Zustimmung des anderen Partners Dritten nicht zugänglich zu machen.

§ 14 Vertragsstrafen

- (1) Verstößt der Unternehmer gegen Bestimmungen dieses Vertrages oder gegen Anordnungen der SPN-CV, die Auswirkungen auf die der VM-SPN erteilten Genehmigungen und der auf die SPN-CV übertragenen Betriebsführung nach dem PBefG haben können, wird für jeden Einzelfall eine Vertragsstrafe vereinbart.
- (2) Eine Vertragsstrafe wird geltend gemacht, wenn aus vom Unternehmer zu vertretenden Gründen
 - a) die vereinbarten Fahrten eines Loses an einem Betriebstag nicht erbracht werden oder
 - b) die Fahrten eines Loses an einem Betriebstag nur unvollständig erbracht werden, d. h., wenn mindestens eine Fahrt vom Unternehmer nicht durchgeführt wird.

Für diese Fälle wird als Vertragsstrafe das Zweifache der durchschnittlichen Vergütung je Nutz-km im betreffenden Los multipliziert mit der ausgefallenen Nutzfahrleistung in km festgelegt. Als ausgefallen zählt eine Fahrt ab einer verfrühten Abfahrt von mehr als 1,0 Minuten oder einer Verspätung ab 30 Minuten.

- (3) Eine Vertragsstrafe wird zudem geltend gemacht, wenn aus vom Unternehmer zu vertretenden Gründen die in diesem Vertrag festgelegten Anforderungen an die Leistungserbringung nach schriftlicher Abmahnung nicht erfüllt werden. In diesem Fall setzt SPN-CV die Höhe der Vertragsstrafe nach billigem Ermessen fest. Sie beträgt mindestens 0,1 % der gesamten Bruttoauftragssumme im laufenden Vertragsjahr.
Bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Lenk- und Ruhezeitbestimmungen kann sie bis zu 3 % der Bruttoauftragssumme im laufenden Vertragsjahr betragen.
- (4) Werden andere als vom Unternehmer in der Wagenliste (Anlage 3) gemeldeten Fahrzeuge eingesetzt oder entsprechen die Fahrzeuge nicht den Anforderungen des § 5 Abs. 1 dieses Vertrages, so wird eine Vertragsstrafe von 150,00 EUR pro betroffenem Fahrzeug und Tag geltend gemacht.
- (5) Werden andere als vom Unternehmer in der Fahrerliste (Anlage 4) gemeldeten Fahrpersonale eingesetzt oder entsprechen die Fahrpersonale nicht den Anforderungen des § 6 Abs. 1 und 2 dieses Vertrages, so wird eine Vertragsstrafe von 150,00 EUR pro betreffendem Fahrpersonal und Tag geltend gemacht.
- (6) In folgenden Fällen ist schließlich eine Vertragsstrafe in Höhe von 100,00 EUR pro festgestelltem Einzelfall verwirkt:
 - a) Abweichungen vom vorgegebenen Linienweg – soweit ein solcher festgelegt ist,
 - b) Vorbeifahren an einer Haltestelle trotz Haltewunsch eines Fahrgastes (Haltewunschtaste) bzw. Warten eines Fahrgastes an der Haltestelle,
 - c) Nichteinhaltung des vorgegebenen Fahrplans (vorzeitiges Abfahren an einer Haltestelle, verspätete Abfahrt an Starthaltestellen außer in Verspätungssituationen, Nichtabwarten vorgegebener Anschlüsse)
 - d) Nichteinhaltung der vorgegebenen tariflichen Bestimmungen,
 - e) Nicht fristgerechte bzw. nicht dem Limit gem. Anlage 5 entsprechende Abrechnung der Fahrgeleinnahmen.

- (7) Werden Anruffahrten (bedarfsabhängige Leistung) trotz Bedarfsübermittlung durch den Dispatcher der CV unter Berücksichtigung der fahrplanmäßigen Anmeldefrist nicht erbracht, wird eine Vertragsstrafe von 150,00 EUR pro ausgefallener Fahrt geltend gemacht. Bei einer Verspätung ab 30 Minuten oder der Nicht-Einhaltung eines vorgegebenen Anschlusses gilt die Fahrt als ausgefallen.
- (8) SPN-CV ist berechtigt, die Vertragsstrafe von der Vergütung einzubehalten.
Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzforderungen der SPN-CV bleibt von dieser Vertragsstrafenregelung unberührt.

§ 15 Forderungsabtretung

Der Unternehmer ist zur Abtretung seiner gegen die SPN-CV gerichteten vertraglichen Forderungen nur mit vorheriger Zustimmung der SPN-CV berechtigt.

§ 16 Kündigung

- (1) Die Vertragspartner sind berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grunde zu kündigen.
- (2) Wenn für die in Anlage 1 benannten Verkehrsleistungen des jeweiligen Loses kein Bedarf mehr besteht (z.B. bei Wegfall der Konzession oder Beauftragung an die SPN-CV, Streichung aus dem Fahrplan auf Veranlassung des Aufgabenträgers) und keine zumutbare Ersatzleistung vereinbart werden kann, ist SPN-CV zur Kündigung des NAN-Vertrages mit angemessener Frist berechtigt. Die Kündigungsfrist soll in der Regel mindestens 3 Kalendermonate zum Monatsende betragen.
- (3) Die SPN-CV ist insbesondere dann berechtigt, das Vertragsverhältnis sofort ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufzulösen, wenn
 - a) der Unternehmer grob oder wiederholt schuldhaft gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstößt,
 - b) der Unternehmer die Interessen der SPN-CV oder anderer beteiligten Unternehmen schuldhaft schwer schädigt,
 - c) der Unternehmer Pflichten verletzt, deren Verletzung nach den Bestimmungen des PBefG zur Entziehung oder zum Widerruf der Genehmigung führen kann,
 - d) der Unternehmer in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät, deren Vorhandensein als gegeben gilt, wenn bei der SPN-CV Forderungsabtretungen, Zahlungsverbote oder Pfändungen eingehen,
 - e) sich die Beteiligungsverhältnisse beim Unternehmer ändern, ohne dass die SPN-CV ihr Einverständnis erklärt,
 - f) der Unternehmer nicht der SPN-CV gemeldetes Fahrpersonal einsetzt oder Fahrpersonal einsetzt, für das keine Zustimmung nach § 6 Abs. 2 dieses Vertrages vorliegt,
 - g) der Unternehmer die Leistung oder Teile der Leistung an Dritte überträgt, ohne dass die Zustimmung der SPN-CV nach § 2 Abs. 4 dieses Vertrages vorliegt,
 - h) der Unternehmer eine Genehmigung nach §§ 9, 42, 43, 44 PBefG für Linien der VM-SPN bzw. SPN-CV beantragt.
- (4) Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
- (5) Im Falle einer vom Unternehmer zu vertretenden außerordentlichen Kündigung ist die SPN-CV berechtigt, den unvollendeten Teil der Leistung selbst auszuführen oder durch einen Dritten ausführen zu lassen. Die SPN-CV kann vom Unternehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihr durch

die Kündigung des Vertrages entsteht; dazu gehören insbesondere auch die Mehrkosten durch Ersatzvornahme der Leistungen durch die SPN-CV (Selbstvornahme) oder Dritte (Ersatzaufträge), einschließlich der zur Deckung eines dringlichen Bedarfs der SPN-CV erforderlichen interimswiseen Ersatzvornahmen und -maßnahmen (z.B. Sicherung, Überbrückung), sowie die Mehrkosten durch hierfür etwa erforderliche Vergabeverfahren. Weitergehende Schadensersatzansprüche der SPN-CV bleiben unberührt.

§ 17 Schlussbestimmungen

- (1) Nebenabsprachen bestehen nicht.
- (2) Änderungen und Ergänzungen des Vertrages – einschließlich dieser Klausel – bedürfen der Schriftform.
- (3) Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des anderen Partners übertragbar.
- (4) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich in diesem Fall, den beabsichtigten Zweck durch Vereinbarung einer Ersatzbestimmung mit gleichem wirtschaftlichem Ergebnis anzustreben.
- (5) Es gilt deutsches Recht, Verweisungen auf ausländisches Recht sind ausgeschlossen.
- (6) Gerichtsstand und Erfüllungsort ist – soweit rechtlich zulässig – Cottbus.

Cottbus, _____

Cottbus, _____

Spree-Neiße-Cottbusverkehr GmbH
(SPN-CV)

.....